

GESCHICHTSWISSENSCHAFT

## Das Vermächtnis des 20. Juli 1944 im Spiegel der Gestapo-Berichte

### Die Wahrheit über den 20. Juli 1944

- den hellsten und schwärzesten Tag der neueren deutschen Geschichte —

Der hellste Tag der neueren deutschen Geschichte — und

**Sie starben, damit wir in Freiheit leben**

Studenten gedenken der Toten des 20. Juli 1944 / Gedenkrede

Zehn Jahre sind es her:

### Mutige Männer dem Rufe ihres Gewissens

Was uns der 20. Juli heute bedeutet / Erinnerungen Überlebender

Was uns der 20. Juli heute bedeutet / Erinnerungen Überlebender

### Ein tapferer Versuch zur Beendigung des Völkermords

Hintergründe des Stauffenberg-Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944

Ohne sie wäre es gar nicht gegen  
den die Wehrmacht war die ein-  
malige Waffe gegen die glorreich-

sammenzustehen. Daher sollen auch keine neuen Grenzen  
richtet werden zwischen den Männern des 20. Juli und denen,  
in konnten. Wohl aber soll  
hervorge wirkenden Henkers  
im NS-Staat das Fach mit  
e zwischen, jedem Feinde der  
Volkes mit all' unserem Sein

Obert v. D. ...



## Verräter? Vorbilder? Verbrecher? Kontroverse Deutungen des 20. Juli 1944 seit 1945

Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.)

**F** Frank & Timme

Verlag für wissenschaftliche Literatur

Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.)  
Verräter? Vorbilder? Verbrecher?  
Kontroverse Deutungen des 20. Juli 1944 seit 1945



Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.)

Verräter? Vorbilder? Verbrecher?  
Kontroverse Deutungen  
des 20. Juli 1944 seit 1945

Mit Beiträgen von Magnus Brechtken, Christoph Cornelißen,  
Christopher Dowe, Cornelia Hecht, Habbo Knoch,  
Bernhard R. Kroener und Alaric Searle

**F**Frank & Timme

Verlag für wissenschaftliche Literatur

Umschlaggestaltung unter Verwendung von Abbildungen aus dem Archiv des  
Hauses der Geschichte Baden-Württemberg

Redaktion: Christopher Dowe

ISBN 978-3-7329-0276-7

ISSN 1860-1960

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur  
Berlin 2016. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-  
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.  
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in  
elektronischen Systemen.

Herstellung durch Frank & Timme GmbH,  
Wittelsbacherstraße 27a, 10707 Berlin.

Printed in Germany.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

[www.frank-timme.de](http://www.frank-timme.de)

## **Inhaltsverzeichnis**

THOMAS SCHNABEL

**Vorwort**.....7

WOLFGANG SCHNEIDERHAN

**Grußwort** .....12

CHRISTOPH CORNELIßEN

**Der 20. Juli 1944 in der deutschen Erinnerungskultur** .....15

HABBO KNOCH

**„Gewissenlose Führung“ und „anständige Landser“: Die Wehrmacht im Wandel bundesrepublikanischer Erinnerungspolitik**.....43

BERNHARD R. KROENER

**Friedrich Fromm – „Unser Verräter“? Hinterbliebenenversorgung im Kampf um Deutungshoheit**.....73

ALARIC SEARLE

**Die unheilbare Wunde: Der 20. Juli 1944 im kollektiven Gedächtnis der Wehrmachtsgeneralität (1949–1969)**.....97

CHRISTOPHER DOWE/CORNELIA HECHT

**Von Mythen, Legenden und Manipulationen. David Irving und seine verzerrenden Deutungen von Erwin Rommel, Hans Speidel und Cäsar von Hofacker**.....129

MAGNUS BRECHTKEN

**Joachim Fest und der 20. Juli 1944: Geschichtsbilder, Vergangenheitskonstruktionen, Narrative**.....161

CHRISTOPHER DOWE

**Nach-Fragen – Aus-Blicke** .....183

Abkürzungen.....	193
Anmerkungen.....	194
Literaturverzeichnis.....	230
Bildnachweise.....	255
Autorenverzeichnis.....	256
Verzeichnisse erstellt von <i>Thomas Kärcher</i> .....	259
Orte.....	259
Personen.....	260

## Vorwort

Die Rezeptionsgeschichte des Aufstandes vom 20. Juli 1944 begann bereits wenige Stunden nach dem gescheiterten Attentat mit der Rundfunkansprache des nur leicht verletzten Reichskanzlers Adolf Hitler am 21. Juli 1944 um ein Uhr:

„Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich unvernünftiger, verbrecherisch-dummer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen und mit mir den Stab praktisch der deutschen Wehrmachtführung auszurotten. [...] Ich bin der Überzeugung, daß wir mit dem Austreten dieser ganz kleinen Verräter- und Verschwörer-Clique nun endlich aber auch im Rücken der Heimat die Atmosphäre schaffen, die die Kämpfer der Front brauchen.“<sup>1</sup>

Der Reichsführer SS und Reichsinnenminister Heinrich Himmler, den Hitler im Anschluss an den Staatsstreichversuch zusätzlich zum Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt hatte, erklärte am 3. August 1944 vor den NSDAP-Gauleitern in Posen über Claus Graf Stauffenberg: „Dieser Mann hat Verrat geübt, das Blut ist schlecht, da ist Verräterblut drin, das wird ausgerottet. Und bei der Blutrache wurde ausgerottet bis zum letzten Glied in der ganzen Sippe. Die Familie Graf Stauffenberg wird ausgelöscht werden bis ins letzte Glied.“<sup>2</sup>

Die Reaktion der Bevölkerung auf das Attentat lässt sich in einem totalitären System nicht genau ermessen. Allerdings gibt es zahlreiche Indizien, dass viele Volksgenossinnen und Volksgenossen über das Scheitern froh waren. So berichtete der Stuttgarter Staatsanwalt beim Sondergericht Stuttgart Otto Kleinknecht über ein Gespräch meist älterer Landsturmmänner in einem Stuttgarter Hotel kurz nach dem 20. Juli:

„Sie schimpften, offenbar mit aufrichtiger Entrüstung, über die Offiziere, welche Hitler hatten stürzen wollen. In ihren Augen war dies nur ein schändliches Unternehmen der sozialen Reaktion gewesen. Die Offiziere hätten nichts anderes im Schild geführt, als sich wieder in den Besitz der Vorrechte zu setzen, die sie einst im preußisch-deutschen Kaiserreich gehabt hatten.“<sup>3</sup>

Die Einschätzung des Staatsstreiches als Auseinandersetzung innerhalb des preußisch-deutschen Militarismus war auch unter den Alliierten weit verbreitet.

Diese Einschätzung blieb auch in der Nachkriegszeit erhalten und wurde von rechten Parteien und Politikern weiterhin propagiert. Als der stellvertretende Parteivorsitzende der später vom Bundesverfassungsgericht als Nachfolgeorganisation der NSDAP verbotenen Sozialistischen Reichspartei die Attentäter um Claus Graf Stauffenberg als Hoch- und Landesverräter bezeichnete, wurde der Braunschweiger Generalstaatsanwalt aktiv und zeigte ihn wegen übler Nachrede an: der jüdische, sozialdemokratische, aus dem schwedischen Exil zurückgekehrte Fritz Bauer, Abitur am Stuttgarter Eberhard-Ludwigs-Gymnasium ebenso wie die drei Stauffenberg-Brüder, gegen Otto Ernst Remer, der am 20. Juli 1944 maßgeblich zur Niederschlagung des Aufstandes beigetragen hatte.

Es gelang Bauer mit einem großen Aufgebot an Zeugen und einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit, der Bevölkerung zu vermitteln, dass Hitler und das Regime Deutschland verraten hatten und die Widerstandskämpfer das Vaterland vor der völligen Zerstörung retten wollten. Auch wenn Remer nur eine geringe Strafe erhielt, war das Jahr 1952 sicherlich eine Zäsur in der Wahrnehmung des Widerstands, auch wenn in diesem Jahrzehnt noch viele Bürger keine Widerstandskämpfer in führenden politischen Positionen sehen wollten.

Auch Bundespräsident Theodor Heuss trug mit seiner großen Rede zum zehnten Jahrestag des Attentats zu einer anderen Wahrnehmung des Widerstands bei. Ende der fünfziger Jahre begann dann mit der Einrichtung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen, deren erster Höhepunkt der ebenfalls von Fritz Bauer, inzwischen hessischer Generalstaatsanwalt, vorangetriebene und durchgeführte Frankfurter Auschwitzprozess darstellte. Je deutlicher die NS-Verbrechen wurden, desto mehr wuchs die Einsicht in die Notwendigkeit des Widerstandes.

Die Bevölkerung stand der Aufklärung der NS-Verbrechen mehrheitlich durchaus positiv gegenüber, wie eine Befragung des Instituts für Demoskopie in Allensbach im August 1958 ergeben hatte. Der Aussage „Ich finde, wenn heute herauskommt, daß jemand damals ein Verbrechen begangen hat, so muß er auch heute noch dafür bestraft werden. Es ist nicht einzusehen, warum jemand, der andre Menschen gequält oder getötet hat, straffrei ausgehen soll“

stimmten immerhin 54 Prozent der Befragten zu. Nur 34 Prozent traten für einen ‚Schlußstrich‘ ein und 12 Prozent waren unentschieden.<sup>4</sup>

Das regelmäßige Gedenken im Berliner Bendlerblock, die erste Sonderbriefmarke mit dem Porträt von Claus Graf Stauffenberg und anderen Widerstandskämpfern sind weitere Indizien für einen langsamen Wandel der Einstellung. Höhepunkt dieses Wandels des deutschen Umgangs mit der eigenen NS-Vergangenheit stellte sicherlich die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 dar. Weizsäcker hatte in Hitlers Wehrmacht gekämpft und bei der Verteidigung seines Vaters im Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozess mitgewirkt. Umso glaubwürdiger waren seine Aussagen zur Bedeutung des 8. Mai 1945 – gerade auch für die Deutschen.

„Und dennoch“, so führte Bundespräsident Weizsäcker aus, „wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg.“<sup>5</sup>

Seit 1989 gibt es im Bendlerblock in Berlin, der Zentrale des Staatsstreiches von 1944, eine umfassende Ausstellung zum Widerstand, die 2014 grundlegend überarbeitet wurde. 2006 eröffnete die Stauffenberg-Erinnerungsstätte in Stuttgart, die vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg betreut wird. Inzwischen gehört der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu den wichtigsten Traditionen der Bundesrepublik Deutschland.



Abb. 1: Am 15. November 2006 eröffneten Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker (hinten), Ministerpräsident Günther Oettinger und der Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (rechts) die Stuttgarter Stauffenberg-Erinnerungsstätte.

Der Tagungsband zeigt vielfältige Facetten der Rezeptionsgeschichte des 20. Juli auf, von der Bedeutung des 20. Juli in der deutschen Erinnerungskultur (Christoph Cornelißen) über die Bedeutung des Themas im kollektiven Gedächtnis der Wehrmachtsgeneralität (Alaric Searle), über die umstrittene Rolle von Friedrich Fromm (Bernhard R. Kroener), über die Wehrmacht im Wandel bundesrepublikanischer Erinnerungspolitik (Habbo Knoch), die unheilvolle Rolle von David Irving für die Beurteilung von Erwin Rommel, Hans Speidel und Cäsar von Hofacker (Christopher Dowe/Cornelia Hecht), die Bedeutung von Joachim Fest für die Rezeption des 20. Juli (Magnus Brechtken) bis zu den abschließenden „Nach-Fragen“ und „Aus-Blicke(n)“ (Christopher Dowe).

Ich danke allen Beteiligten für das große Engagement bei der Tagung und der vorliegenden Veröffentlichung. Im Haus der Geschichte Baden-Württemberg gelten dieser Dank vor allem Christopher Dowe und Cornelia Hecht, die die beiden Projekte zu einem guten Gelingen geführt haben. Nun wünsche ich dem Band eine breite Resonanz und dem auch aktuell so wichtigen Thema weiterhin eine hohe, positive Aufmerksamkeit.

*Prof. Dr. Thomas Schnabel*  
*Leiter des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg*

## Grußwort

Die Stauffenberg Gesellschaft Baden-Württemberg e.V. wurde 2006 gegründet. Der Zweck des Vereins „ist die Förderung der Bildung durch die Pflege der Erinnerung an die Brüder Stauffenberg in Baden-Württemberg.“ Dazu gehört vor allem die „ideelle und materielle Unterstützung des Landes Baden-Württemberg bei der Förderung der Aktivitäten der Stauffenberg-Erinnerungsstätte im Alten Schloss.“

In enger Verbindung mit dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg als Träger der Stauffenberg-Erinnerungsstätte unterstützt die Stauffenberg Gesellschaft vor allem Vorträge und Veranstaltungen, aber auch didaktische Veröffentlichungen und Aktionen in erster Linie für Schüler und Jugendliche sowie Publikationen.



Abb. 2: Berthold Graf Stauffenberg (2.v.l.) berichtete im Rahmen der Stuttgarter Stauffenberg-Gedächtnis-Vorlesung 2011 über seinen Vater Claus und das Schicksal der Familie nach dem 20. Juli. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (2.v.r.) und der Erste Vorsitzende der Stauffenberg Gesellschaft Baden-Württemberg e.V. Wolfgang Schneiderhan (ganz rechts), links sein Stellvertreter Wolfgang Drexler.

Jedes Jahr um den 15. November herum, dem Geburtstag des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg, veranstalten die Stauffenberg Gesellschaft und das Haus der Geschichte Baden-Württemberg die Stauffenberg-Gedächtnisvorlesung im Neuen Schloss in Stuttgart. Hier spricht eine Tochter oder ein Sohn eines Widerstandskämpfers gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime unter Hitler über die ganz persönlichen Konsequenzen. Musikalisch begleitet wird die Veranstaltung vom Stuttgarter Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, an dem die Brüder Stauffenberg in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ihr Abitur abgelegt haben. Die Vorträge werden publiziert und erfreuen sich eines großen Zuspruches.

Im Umfeld des 20. Juli gibt es jährlich im Haus der Geschichte Baden-Württemberg Vortragsveranstaltungen, die von der Stauffenberg Gesellschaft ebenfalls gefördert und unterstützt werden. Hier wird an Persönlichkeiten, die nicht im Fokus des öffentlichen Interesses stehen, ebenso erinnert wie an die Nachwirkungen des Staatsstreiches vom 20. Juli in der Bundesrepublik.

Am 17. Juli 2014 fand im Haus der Geschichte Baden-Württemberg eine gut besuchte Tagung zur Rezeptionsgeschichte des 20. Juli 1944 statt, deren wichtige Ergebnisse wir nun der Öffentlichkeit vorlegen können. Ich freue mich sehr, dass damit wieder eine Publikation erscheint, die an die Brüder Stauffenberg erinnert. Dies ergänzt die Veröffentlichungen der Stauffenberg-Gedächtnisvorlesung oder auch die Herausgabe der Aufzeichnungen der 1914 geborenen Marie-Gabriele Schenk Gräfin von Stauffenberg über die Sippenhaft vieler Familienmitglieder zwischen dem 20. Juli 1944 und der glücklichen Rückkehr in die Heimat fast elf Monate später am 19. Juni 1945, die 2015 erschienen.

Wir hoffen mit dem vorliegenden Sammelband, das für das Selbstverständnis der Bundesrepublik so wichtige Gedenken an den Widerstand des 20. Juli weiter vertiefen zu können und dabei auch die schwierigen Anfänge des Umgangs der bundesrepublikanischen Eliten und der Bevölkerung mit den Widerstandskämpfern in den fünfziger und sechziger Jahren zu beleuchten.

*General a.D. Wolfgang Schneiderhan*  
*1. Vorsitzender der Stauffenberg Gesellschaft Baden-Württemberg e. V.*



## Der 20. Juli 1944 in der deutschen Erinnerungskultur

Dass die Erinnerungskulturen moderner Nationen auf einer meist heldenhaft verklärten Geschichte des Nationalstaats aufbauen, ist von der historischen Forschung der letzten Jahre in zahlreichen Studien eindringlich aufgezeigt worden. Wohl kaum ein anderes Thema bietet sich für eine Ergründung dieses Phänomens so sehr an wie die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland.<sup>1</sup> Denn tatsächlich war es ein sehr weiter Weg vom Ende der 1940er Jahre, in denen Hitlers berüchtigte Worte von einer „ganz kleinen Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer dummer Offiziere“, noch in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft nachhallten, hin zu einer Deutung, die in der politisch inszenierten Erinnerungskultur vornehmlich dem militärischen Widerstand einen herausgehobenen Platz einräumte.<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang erscheint aufschlussreich, wie freimütig schon im Jahr 1952 die Herausgeberin und Chefredakteurin der Wochenzeitung „Die Zeit“, Marion Gräfin Dönhoff, sich dazu bekannte, dass jedes Volk seine „spezifische Art“ habe, „geschichtliche Ereignisse in Legenden und Symbolen umzusetzen“. Und sie ergänzte, „gewiß weicht oft am Ende die Legende erheblich von dem eigentlichen Geschehen ab“.<sup>3</sup> Auch spätere Äußerungen Dönhoffs, die sich bis zu ihrem Tod wie kaum eine andere für die öffentliche Würdigung der Widerständler des 20. Juli 1944 einsetzte, deuten darauf hin, dass ihre persönliche Sicht auf die Dinge und die Qualität der Zeitzeugenschaft ihr eigenes Urteil erheblich einfärbten: „Nicht Fakten sind entscheidend“, heißt es hierfür bezeichnend in einem ihrer Bücher, „sondern die Vorstellung, die sich Menschen von den Fakten machen“. Und all das geschehe eben „um der Ehre willen“, wie bereits der Titel ihres Buches aus dem Jahr 1994 ankündigt.<sup>4</sup>

Genau in solchen Forderungen liegen die Anfänge der Mythisierung des Widerstands vom 20. Juli begründet, die über einen beträchtlichen Zeitraum sowohl seine öffentliche Wahrnehmung als auch seine erinnerungskulturelle Inszenierung in (West)-Deutschland überformen sollte. Zwar ist der 20. Juli in der Bundesrepublik weder vor 1989/90 noch danach als ein offizieller, gesetz-

lich besiegelter und arbeitsfreier Nationalfeiertag gewürdigt worden, und doch erfüllte er schon bald nach den Aufständen in der Deutschen Demokratischen Republik im Jahr 1953 bei der Legitimation der neu begründeten westdeutschen politischen Kultur sowohl nach innen als auch zur Selbstverortung des jungen Staates nach außen eine bedeutende Rolle.<sup>5</sup> Aus dieser geschichtspolitischen Zwecksetzung heraus ergaben sich zu einem frühen Zeitpunkt heftige politische und gesellschaftliche Kontroversen. Bis zu einem gewissen Grad war dies unvermeidlich, denn die Erhebung des 20. Juli zu einem denkwürdigen Tag der deutschen Nation gründete in einem – wie übrigens auch die anderer herausgehobener historischer Ereignisse – unaufhebbaren Spannungsverhältnis, das regelmäßig aus der Konkurrenz gesellschaftlicher Teilgruppen um einen vorderen Rang im kollektiven Gedächtnis sowie den wandelnden Erinnerungen und Erwartungshorizonten aufeinander folgender Generationen hervorgeht.

Dass der öffentliche Umgang mit dem 20. Juli 1944 jedoch wiederholt zu besonders heftigen Pendelausschlägen in den öffentlichen Auseinandersetzungen führte, gründet nicht zuletzt in der Tatsache, dass das Ringen der Zeitgenossen und Nachfahren um den „richtigen“ Umgang mit dem 20. Juli 1944 immer wieder die fundamentale Frage nach der Rolle der deutschen Gesellschaft im „Dritten Reich“ aufwarf. Darauf vermochten viele Deutsche zunächst nur mit Schweigen oder Scham zu antworten. Ihre Unsicherheit trat unter anderem darin zum Vorschein, dass es noch im Sommer 1956 eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ablehnte, eine Schule nach Claus Graf Stauffenberg oder nach Carl Friedrich Goerdeler zu benennen.<sup>6</sup> Erst weit später – im Laufe der 1970er Jahre – sollten sich die kollektiven Einstellungen allmählich ändern, wenngleich nur schleichend. Noch im Jahr 2004 führte der Historiker und Journalist Joachim Fest beredete Klage darüber, wie sehr der 20. Juli weiterhin nur ein „Gedenktag 3. Klasse“ geblieben sei und verknüpfte sie mit der rhetorischen Frage: „Wann je wäre eine Nation, die auf sich hält, ähnlich geringschätzig mit einem Datum und einer Personengruppe umgegangen, in deren moralischer Pflicht sie steht?“<sup>7</sup> Tatsächlich aber hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt das Bild des konservativ-militärischen Widerstands in der deutschen Gesellschaft – gerade im Vergleich zu den nur tastenden Anfängen – erheblich aufgehellt. Das öffentliche Gedenken räumte den Protagonisten des 20. Juli einen hervorgehobenen Raum, unter anderem auch bei der Benennung von Straßen und Plätzen ein, und auch in den schulischen Bildungsplänen wurden sie nun gebührend gewürdigt.

Die Frage nach dem Formwandel der deutschen Erinnerungskultur um den 20. Juli 1944 reduziert sich jedoch keineswegs auf die Setzung inhaltlich neuer Akzente, sondern sie lenkt die Aufmerksamkeit ebenso auf die sich fortlaufend ändernde Gemengelage von Interessen und spezifischen Akteuren, unter denen gerade die Medien eine besondere Beachtung verdienen. Im Blick auf diese Konstellation fällt zunächst ins Auge, wie stark die erste Phase der öffentlichen Erinnerung an den Widerstand von dem Anliegen der Hinterbliebenen des Aufstands geprägt war, eine Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht zu erkämpfen, die ihnen der westdeutsche Staat zunächst vorenthielt. Hierüber sind ihre sehr persönlichen Deutungen des „anderen Deutschland“ erheblich geprägt worden. Schon bald aber gerieten sie in Konkurrenz zu der sich konstituierenden geschichtswissenschaftlichen Widerstandsforschung. Das musste nicht notwendig sofort ein Problem heraufbeschwören, denn in den ersten Jahren boten die Historiker den Angehörigen durchaus ihre fachliche Schützenhilfe an. Fast zwangsläufig aber rief danach das kritische Instrumentarium der Wissenschaft eine wachsende Distanz von einer allzu verklärenden, letztlich mythisch umrankten Darstellung des 20. Juli hervor. Darüber hinaus spielten neben den Hinterbliebenen und Historikern bereits früh die Medien eine wichtige Rolle, darunter vor allem der Spielfilm.<sup>8</sup> Hierbei ergaben sich freilich nicht nur grundlegende Probleme der Authentizität beziehungsweise Fragen nach der „historischen Wahrheit“, sondern es stellten sich erbitterte Konflikte zwischen den Hinterbliebenen und den Filmemachern ein, und auch von Seiten der Historiker waren meist eher kritische Einlassungen über die Filmproduktionen zu hören.<sup>9</sup> Obwohl das schwierige Beziehungsverhältnis sich zwischen diesen beiden Seiten später allmählich professionalisieren sollte, schwappte nochmals im Jahr 2004 um den Fernsehfilm „Stauffenberg“ des Regisseurs Jo Baier eine heftige Kontroverse auf. Sie ist hier vor allem deswegen bemerkenswert, weil der Regisseur nachdrücklich eine besondere Lizenz zur Verfremdung historischer Tatbestände einforderte. Denn nur so ließen sich die Motive der Widerständler filmisch überhaupt zur Anschauung bringen. Und Baier ergänzte in bezeichnenden Worten: Man dürfe es eben „nicht den Historikern und schon gar nicht den Geschichtslehrern überlassen, über diese Epoche zu informieren“.<sup>10</sup>

Schon an dieser Stelle sollte deutlich geworden sein, dass Erinnerungskulturen grundsätzlich nichts Statisches darstellen, sondern das Ergebnis des dynamischen Ineinanders, gleichzeitig aber auch des Mit- und Nebeneinanders von Erinnerungskonkurrenzen sowie der Arbeitsweisen unterschiedli-

cher Medien abgeben. Im Grunde vermag erst die Untersuchung dieses Zwischenspiels und ihrer ästhetischen Formen den Wandel der Erinnerungskultur um diesen für die deutsche Geschichte so bedeutsamen Tag verständlich zu machen. Zu diesem Zweck werden im Folgenden die bislang nur angedeuteten Konfliktlinien in drei chronologisch aufgebauten Abschnitten näher behandelt.<sup>11</sup> Sie rücken zunächst die Zeit bis Mitte der 1960er Jahre in den Mittelpunkt, als es einigen der Beteiligten darum ging, breite Teile der (west-)deutschen Gesellschaft über die Umstände des 20. Juli aufzuklären. Gleichzeitig suchten in dieser Phase Vertreter der Bundesregierung, mittels einer positiv verstandenen Traditionsanbindung an den deutschen Widerstand die Stellung des noch jungen Staates in der internationalen Gemeinschaft des „Westens“ zu festigen und nach innen eine deutliche Linie gegen revisionistische Kräfte von rechts zu ziehen. Der zweite Abschnitt behandelt den Aufbruch der westdeutschen Erinnerungskultur um den 20. Juli von der Mitte der 1960er Jahre bis zum Ende des Kalten Krieges. Zu den wesentlichen Merkmalen dieser Phase gehörten auf der einen Seite die sich ausdifferenzierenden geschichtswissenschaftlichen Deutungen des Widerstands, die nunmehr auch die Bruchlinien zwischen den Zielsetzungen der Widerständler des 20. Juli und der Politik in der Bundesrepublik herausstellten, sowie auf der anderen Seite die allmähliche Erweiterung des öffentlichen Gedenkens auf andere Gruppen neben dem militärischen Widerstand. Der dritte und abschließende Teil thematisiert den Fortgang der öffentlichen Kontroversen um den 20. Juli nach dem Ende des Kalten Krieges, wobei hierbei in Rechnung zu stellen ist, dass bereits mit der Kanzlerschaft Helmut Kohls im Jahr 1982 ein Wandel in Gang gebracht wurde, der insgesamt eine öffentlich geförderte Re-Monumentalisierung und zugleich stärker moralisch aufgeladene Instrumentalisierung des staatlich inszenierten Widerstandsgedenkens signalisierte. Gleichzeitig zeigte sich nach dem Untergang der DDR, dass nunmehr ideologisch in weit unbefangenerer Manier als in den Jahren zuvor über den militärischen Widerstand öffentlich debattiert werden und dieser auch in Gedenkveranstaltungen gewürdigt werden konnte. Die hiermit einhergehende Aufwertung des 20. Juli in der deutschen Erinnerungskultur verdankte sich jedoch auch ganz anderen Kräften: Dazu zählen einerseits die Hinwendung zur Erfahrungsgeschichte, die prominent erneut individuelle Schicksale aus dem Kreis der Widerständler des Juli 1944 sowie der betroffenen Familien in den Mittelpunkt rückte, andererseits aber auch der Film, der über neue Produktionen die moralischen Grenzsituationen der Widerständler auszuloten und einem Massenpublikum zu vermitteln suchte.

## 1 Der 20. Juli in der westdeutschen Erinnerungskultur bis zur Mitte der 1960er Jahre

Von einer deutschen Erinnerungskultur an den 20. Juli in den frühen Jahren der Bundesrepublik zu sprechen, geht insofern fehl, als im Blick darauf, wie auch bei so vielen anderen belastenden Themen der jüngsten Vergangenheit, zunächst eher sprachliche Keuschheit beziehungsweise ein beredtes Schweigen vorherrschten. In einer Phase des ubiquitären nationalen Selbstbezugs auf die eigenen Opfer im Zweiten Weltkrieg stießen die Versuche von Hinterbliebenen der Verschwörer, deren Tat öffentlich zu würdigen, sogar auf eine mehr oder minder offene Feindseligkeit. Viele Witwen deutscher Widerständler mussten sich herablassende Bemerkungen über das Verhalten ihrer Männer anhören, und ihre Kinder wurden nicht selten als „arme Verräterkinder“ tituliert. Oftmals wurden die Hinterbliebenen gemieden und lebten ohne jede öffentliche Unterstützung. Für die Einstellung breiter Teile der deutschen Bevölkerung war symptomatisch, dass im Jahr 1951 öffentlichen Umfragen zufolge rund dreißig Prozent der Westdeutschen das Attentat auf Hitler missbilligten, wobei der Anteil unter den ehemaligen Wehrmachtssoldaten noch weit höher lag.<sup>12</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es umso bemerkenswerter, wie rasch die mündlichen und schriftlichen Berichte von Überlebenden und Angehörigen des 20. Juli in den Rang authentischer historischer Quellen aufsteigen konnten, über die nach und nach ein konkurrierendes und zugleich erheblich positiveres Bild des Widerstands in der westdeutschen Öffentlichkeit verbreitet worden ist. In seinem Mittelpunkt standen die ethischen Motive der Widerständler und deren letzte Entschlossenheit, sich der NS-Tyrannis zu widersetzen. All das ist keineswegs ausschließlich für den an Quellen interessierten Historiker von Belang, denn hier war weit mehr im Spiel. So vermochte beispielsweise Inge Scholl über die Anlage eines Familienarchivs und dessen selektive Auswertung langfristig die öffentliche Wahrnehmung speziell der „Weißen Rose“ wesentlich zu prägen.<sup>13</sup> Offensichtlich wirkte ihr Vorgehen beispielhaft, denn auch in anderen Familien schwangen sich jeweils Einzelne dazu auf, die Pflege des familiären Erbes zu übernehmen – in manchen Fällen entwickelte sich daraus sogar eine Lebensaufgabe.<sup>14</sup> Die hierbei zusammengetragenen Erinnerungen rückten danach rasch in den Rang authentischer historischer Quellen auf. In ihrer Studie über „Sophies Schwester“ zeigt Christine Hikel ebenfalls anschaulich auf, wie die von Inge Scholl zusammengetragenen Familienerzählungen einen narrativen und interpretatorischen Rahmen begründeten, der in den nachfolgenden Jahrzehnten wiederholt aktualisiert und den veränderten

politischen und gesellschaftlichen Umständen angepasst wurde. Gleichzeitig wird deutlich, wie sehr das Fehlen von Akten die „Wahrheitsfindung“ über den Zeitzeugenbericht beförderte, was später sogar dem Gestapo-Beamten Robert Mohr, der Sophie Scholl befragt hatte, die Gelegenheit bot, seine Darstellung der Vorgänge massenmedial zu verbreiten. Denn Inge Scholl nahm seinen Bericht kritiklos im Jahr 1985 in die erweiterte Neuauflage ihrer populären und von der Bundeszentrale für politische Bildung vertriebenen Darstellung zur „Weißen Rose“ auf, von wo aus sie dann im Jahr 2005 Eingang in das Drehbuch Fred Breinersdorfers für den Film „Sophie Scholl“ fand.<sup>15</sup>

Dass die Angehörigen der Widerständler vom 20. Juli in den ersten Jahren eine hervorgehobene Rolle in der öffentlichen Erinnerung an den Widerstand einnahmen, verdankte sich teilweise dem Mangel an authentischen Quellen, wenn man einmal von den schon im Jahr 1946 publizierten Hassell-Tagebüchern absieht, die unter dem bezeichnenden Titel „Vom Anderen Deutschland“ erschienen und damit früh den Topos einer Gegenerzählung begründeten. Hans Bernd Gisevius’ „Bis zum bitteren Ende“ sowie Fabian von Schlabrendorffs „Offiziere gegen Hitler“ ebneten ebenfalls 1946 schon zu einem frühen Zeitpunkt mit ihren Titeln den Weg für eine Sicht, welche das Martyrium der Hauptakteure in den Mittelpunkt rückte und damit eine legitimatorische Traditionsanbindung ermöglichen sollte. Angesichts der öffentlichen Angriffe auf Hinterbliebene der Widerständler verwundert es daher kaum, dass das 1949 mit der Unterstützung von Bundespräsident Theodor Heuss errichtete „Hilfswerk 20. Juli“ neben der Linderung sozialer Notlagen zunächst einmal darauf zielte, authentische Quellen aufzuspüren, um derart eine positive Sicht auf den militärischen Widerstand zu befördern.<sup>16</sup>

Der entscheidende Durchbruch zu einer durchweg positiv verstandenen Gesamtauffassung des deutschen Widerstandes verdankte sich aber in erster Linie der Publikation eines Fachhistorikers: Hans Rothfels’ Darstellung über „Die deutsche Opposition gegen Hitler“, die erstmals 1948 in den USA erschien und im Folgejahr auch ins Deutsche übertragen wurde.<sup>17</sup> Wie kaum ein anderes Buch vermochte es die Wahrnehmung des deutschen Widerstandes in der politisch interessierten Öffentlichkeit sowohl des In- als auch des Auslands zu prägen. Noch bevor die Totalitarismusthese konzeptionell ausgearbeitet worden war, zielte der Historiker aus dem Exil – was ja keineswegs unbedeutend war – darauf ab, den Widerstand des 20. Juli zu einem Exempel für Widerstand unter totalitären Bedingungen zu machen. Die omnipräsente Rede von sittlicher „Empörung“ und „Aufstand des Gewissens“ sowie Reflexionen über den ethischen und religiösen Grundzug der Verschwörung gaben nicht

nur Rothfels, sondern auch vielen anderen Autoren die Möglichkeit einer moralisch-politischen Introspektion, ohne dass sie die von vielen Zeitgenossen noch erinnerte Unterstützung oder sogar aktive Mitwirkung vieler Widerstandskämpfer im „Dritten Reich“ ernsthaft problematisieren mussten.

Auf dieser Grundlage ergab sich nach und nach eine öffentlichkeitswirksame Verklärung des 20. Juli, an der an vorderster Linie ebenfalls der Freiburger Historiker Gerhard Ritter einen Anteil hatte.<sup>18</sup> Mit seinem Buch über Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, das erstmals im Jahr 1954 erschien und danach rasch einen reißenden Absatz fand, zielte der Autor darauf, den 20. Juli als „reinen Aufstand des Gewissens“ zu vermitteln. Offensichtlich traf er damit den Nerv der Zeit, erreichte sein Buch doch in rascher Folge vier Auflagen. Ritter wusste zu schreiben und er gab seinem Text eine dramatische, fast literarische Gestalt, die gerade auch in den Passagen überzeugen konnte, wo der Historiker als Zeitzeuge und Vertrauter Carl Goerdelers sich selbst ins Spiel brachte. Es handelte sich um ein bedeutsames Beispiel für eine Authentifizierung durch Zeitzeugenschaft, um es kurz zu sagen. Im Gegensatz aber zu seiner Absichtserklärung, die Männer der deutschen Widerstandsbewegung nicht zu Heiligen oder zu Helden schlechthin zu machen, sondern zu den Trägern eines ermutigenden „Aufstands des Gewissens“, entging Ritter tatsächlich nicht der Gefahr, sich an der Monumentalisierung seiner Helden zu beteiligen. Zweifelsfrei sorgten Gelegenheitspublikationen aus seiner Feder wie auch die anderer Autoren dafür, dass die von vielen zunächst verketzerten Attentäter danach zu moralisch untadeligen Lichtgestalten aufsteigen konnten. Das wiederum war alles andere als ein Zufall, denn Ritter hatte genau damit im Jahr 1955 brieflich gegenüber der Witwe Goerdelers sein leitendes Anliegen umschrieben. Er wolle, „dass die deutsche Jugend, die weithin am vaterländischen Gedanken und an der deutschen Geschichte ‚irre geworden ist‘, durch den Anblick dieser Männer wieder eine Brücke [...] zur guten deutschen Vergangenheit“ finde.<sup>19</sup>

In dieser Richtungsanzeige findet sich eine geistig-moralische Instrumentalisierung der Beschäftigung mit dem 20. Juli angedeutet, an die in den 1950er Jahren zahlreiche politische Verantwortungsträger anknüpften und die über den Gedenkdiskurs sowie die Inszenierung von Gedenkfeierlichkeiten in der Öffentlichkeit zum Tragen kam. Die westdeutsche Politik agierte hierbei jedoch zunächst nur vorsichtig tastend, weil sie nicht die Millionen ehemaliger NSDAP-Parteimitglieder und noch weniger die ehemaligen Wehrmachtssoldaten aus dem gemeinsamen Gedenken ausgrenzen wollte. Entsprechend vorsichtig äußerten sich anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten Vertreter der Bon-

ner Politik, und auch führende Repräsentanten der Justiz und der Kirchen bewahrten zunächst Distanz zu den Männern des 20. Juli.

Diese Konstellation mündete wiederholt in eine beträchtliche Stilunsicherheit, was sich unter anderem darin zeigte, dass erst ab dem Jahr 1963 in allen Bundesländern offiziell die Fahnen zur Erinnerung an diesem Gedenktag gehisst wurden. Gleichwohl, begünstigt durch die Konstellationen des Kalten Krieges, aber auch getragen von dem Willen westdeutscher Politiker, das Gedenken an den Widerstand zur Legitimation der jungen Demokratie zu nutzen, setzte ein schleichender Wandel ein. Schon im Gefolge der Berlin-Blockade im Jahr 1948 zeichnete sich eine Änderung ab, denn der Widerstand gegen die kommunistische Diktatur warf nun ein neues Licht auch auf den Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur. Erst aber im Jahr 1951 bekannte sich der junge westdeutsche Staat mit verschiedenen Maßnahmen zu einer aktiven Gedenkpolitik zur offiziellen Erinnerung an den 20. Juli 1944. So gewährte die Bundesregierung einen jährlichen Zuschuss für das „Hilfswerk 20. Juli“, als „Ehrenpflicht des deutschen Volkes“, und noch im gleichen Jahr verabschiedete das Bundeskabinett eine Erklärung, wonach es die Pflicht des Einzelnen darstelle, „das Andenken derer vor Verunglimpfung zu schützen und zu bewahren, die im sittlichen und vaterländischen Pflichtgefühl das Letzte versuchten, um Deutschland zu retten“.<sup>20</sup> Aber erst das beharrliche und erfolgreiche Eintreten des Braunschweiger Oberstaatsanwalts Fritz Bauer in dem von ihm angestregten Prozess gegen Generalmajor a.D. Otto Ernst Remer, der 1944 an der Niederschlagung des Umsturzversuchs beteiligt gewesen war und sich nach dem Krieg als rechtsextremer Politiker und Publizist an vorderster Stelle an der Verleumdung der Widerständler des 20. Juli hervortat, führte dazu, dass solchen Diffamierungen juristisch ein Riegel vorgeschoben wurde.<sup>21</sup>

Gleichzeitig gingen nun auch von der Politik deutlich vernehmbare Appelle aus, die Verschwörer des 20. Juli als Ahnherren der neu begründeten Demokratie zu würdigen. So erinnerte schon im Jahr 1952 Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter bei der Grundsteinlegung des Mahnmals im Bendlerblock an die Bedeutung des 20. Juli 1944 für die historisch-politische Orientierung der Gegenwart, denn auch „in diesen finsternen Zeiten lebten Männer, [...] die wussten, dass das Gewissen in der Brust eine größere Kraft darstellt als äußere Macht, der wir Menschen uns beugen müssen“.<sup>22</sup> Bei dem gleichen Anlass legte Luise Olbricht am Ort der Ermordung ihres Ehemanns, General Friedrich Olbricht, den Grundstein für das Ehrenmal zur Erinnerung an ihn und seine Mitstreiter. Die Anregung dafür stammte allerdings von den Hinterbliebenen und nicht von staatlicher Seite.



Abb. 3: Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter enthüllte am 20. Juli 1953 im Hof des Bendlerblocks ein Denkmal, das an die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 erinnert.

Umso bedeutsamer war es, dass Bundespräsident Theodor Heuss in seiner im Jahr 1954 gehaltenen Rede „Dank und Bekenntnis“ den 20. Juli als ein „Geschenk für die deutsche Zukunft“ herausstellte.<sup>23</sup> Und er ergänzte damals: „Die Scham, in die Hitler uns Deutsche gezwungen hatte, wurde durch ihr Blut vom besudelten deutschen Namen wieder weggewischt. Das Vermächtnis ist noch in Wirksamkeit, die Verpflichtung noch nicht eingelöst“. Schon zwei Jahre zuvor hatte sich Heuss gegenüber Konrad Adenauer dahingehend geäußert, dass „zu der Sache der Diffamierung von Angehörigen der aktiven Widerstandsgruppierungen etwas zu sagen“ sei. Öffentlich prangerte er dann auch die „Versudelung“ des Andenkens der Opfer des 20. Juli an und bezog klar Stellung gegen die nationalsozialistischen Hetzparolen, „einmal in der frechen Rede des Demagogen, das andere Mal im weitergetragenen Geschwätz der Bierbank“.<sup>24</sup>



Abb. 4: Bundespräsident Theodor Heuss (Mitte links) und Bundeskanzler Konrad Adenauer (Mitte rechts) nahmen am 20. Juli 1954 an der zentralen Gedenkfeier anlässlich des zehnten Jahrestages des Umsturzversuchs in Berlin teil.

Zwar war auch in Heuss' Rede aus dem Jahr 1954 noch viel von der schon so benannten Stilunsicherheit zu spüren, doch identifizierten seitdem immer mehr Bundes- und Landespolitiker den 20. Juli als einen positiven Traditionsstrang aus der ansonsten verruchten Zeit des Nationalsozialismus in die junge Bundesrepublik. An den zentralen Orten des Gedächtnisses – also in Plötzensee und im Bendlerblock –, aber auch an den Universitäten und in den Kasernen wurden seitdem regelmäßig Reden gehalten. Jedoch fanden sich in den ersten Jahren hier meist nur Überlebende und die Angehörigen der Ermordeten ein, was den früheren bayerischen Justizminister Josef Müller (CSU) – er war Insasse eines KZ gewesen – zu dem Kommentar veranlasste: „Wir waren unter uns. Die Redner sprachen zu Erfahrenen, nicht aber zu Menschen, die erfahren wollten.“<sup>25</sup> Darüber hinaus zeigte sich bei offiziellen Anlässen, dass das Gedenken an den 20. Juli 1944 immer wieder stark in das Licht der jeweils aktuellen politischen Bezüge gerückt wurde. Dazu gehörten die Abwehr von tatsächlichen oder vermeintlichen Kollektivschuldvorwürfen an die Adresse der Deutschen sowie der Versuch, über den Rückbezug auf den 20. Juli 1944

der neu begründeten Bundeswehr eine positive Traditionsanbindung zu ermöglichen. Nach dem 17. Juni 1953 nutzten Politiker, Historiker und Publizisten das Gedenken immer öfter auch dazu, die historischen Vorgänge zum Symbol für den Kampf des Einzelnen gegen die Zumutungen totalitärer politischer Systeme zu stilisieren.



Abb. 5: Am 19. Juli 1965 würdigte Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt bei der Gedenkstunde des Senats und des Rings politischer Jugend e.V. den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Sie fand in Plötzensee statt, wo zahlreiche Mitglieder der Umsturzbewegung hingerichtet worden waren.